

## Honorar- und Mandatsvereinbarung

zwischen

[Name Rechtsanwalt], Rechtsanwalt und Notar,  
SwissLegal asg.advocati, Kreuzackerstrasse 9, 9000 St. Gallen

**beauftragte Partei**

und

....., ....., .....

**auftraggebende Partei**

betreffend

---

Diese Honorarvereinbarung umschreibt, was die beauftragende Partei der auftraggebenden Partei für deren eigene Leistungen sowie gegebenenfalls jene ihrer Partner und Mitarbeiter und beigezogener Dritter an Honorar und Aufwendungsersatz schuldet, und regelt weitere Modalitäten der Vertragserfüllung.

### 1. Berechnungsgrundlagen der Honorarbemessung

Die gängigen Modelle für die Bemessung des Anwaltshonorars werden in einem gesonderten Merkblatt zu dieser Honorarvereinbarung ausgeführt. Die auftraggebende Partei erklärt, dass sie das Merkblatt erhalten hat und dass ihre allfälligen Fragen dazu beantwortet worden sind.

### 2. Honorarmodell

Die Parteien vereinbaren ein **Zeithonorar**.

Das Honorar bemisst sich für alle Bemühungen nach **Zeitaufwand**, und zwar zu folgenden Stundenansätzen, je zuzüglich MWST:

CHF	für die beauftragte Partei und für deren Kanzleipartner;
CHF	für juristische Mitarbeiter mit Anwaltspatent;
CHF	für juristische Mitarbeiter ohne Anwaltspatent;
CHF	80.- für Sekretariatsarbeiten

Für Verfahren vor Gerichten oder Behörden weichen die Parteien bewusst vom amtlichen Tarif ab (vgl. z.B. Art. 2 Abs. 3 der Honorarordnung für Rechtsanwälte und Rechtsagenten für Verfahren vor st.gallischen Gerichten und Behörden). Zugesprochene Parteientschädigungen werden auf das Zeithonorar angerechnet. Ist die tatsächlich bezahlte Parteientschädigung höher als das nach Zeitaufwand abgerechnete Honorar, so entspricht das Gesamthonorar der bezahlten Parteientschädigung.

### 3. Beurkundungsgebühren

Betreffend Beurkundungsgebühren für Konsumentinnen und Konsumenten gilt die entsprechende Preisinformation betreffend unsere Notariatsdienstleistungen.

### 4. Aufwendungsersatz

- Kommunikations-Pauschale:** Die Auslagen der beauftragten Partei für Porti, Telekommunikationskosten, Fotokopien, Internet- und Datenbankrecherchen werden durch eine Pauschale von 3% der Honorarsumme abgegolten. Alle übrigen Auslagen (wie Reise- und Verfahrenskosten, Kurierdienste, etc.) werden zu Selbstkosten belastet (Bahn 1. Klasse mit Halbtax, Auto CHF 0.70 pro km).
- Erfasste Spesen:** Sämtliche Auslagen der beauftragten Partei werden im Ausmass ihres konkreten Anfalls erfasst und belastet. Dabei gelten folgende Ansätze:  
Fotokopien CHF 0.20 / Kopie; Bahn 1. Klasse mit Halbtax; Auto CHF 0.70 / km;  
übrige Auslagen zu nachgewiesenen Selbstkosten

### 5. Mehrwertsteuer

Das Honorar und der Aufwendungsersatz verstehen sich **vor Mehrwertsteuer zum jeweils gültigen Satz** und unterliegen dieser, soweit nicht eine vom Gesetz vorgesehene Ausnahme vorliegt, unabhängig davon,

ob eine allfällige Parteientschädigung mit oder ohne MWST zugesprochen wird. Macht die Eidg. Steuerverwaltung nachträglich eine der auftraggebenden Partei nicht belastete Mehrwertsteuer geltend, so kann sie ihr innert zehn Jahren nach Rechnungsstellung noch nachbelastet werden.

## 6. Vorschuss

- Die auftraggebende Partei leistet einen auf die nächste Rechnung anrechenbaren Vorschuss von CHF.....
- Die beauftragte Partei verzichtet einstweilen auf einen Vorschuss.

In jedem Fall behält sich die beauftragte Partei jederzeit vor, (weitere) Vorschüsse zu verlangen.

## 7. Rechnungstellung

Die beauftragte Partei legt über ihre Honorar- und Aufwendungsersatzansprüche ordnungsgemäss Rechnung. Die Rechnungsstellung erfolgt periodisch, in der Regel monatlich oder quartalsweise, sodann bei Mandatsende und jederzeit auf Verlangen der auftraggebenden Partei.

## 8. Fälligkeit, Inkasso und Abtretung

Vorschüsse sind sofort, Rechnungen innert 20 Tagen nach Erhalt zahlbar. Bei Säumnis der auftraggebenden Partei treten die gesetzlichen Verzugsfolgen ein. Ausserdem ist die beauftragte Partei diesfalls berechtigt, jede Tätigkeit sofort einzustellen, nicht jedoch zur Unzeit.

Die auftraggebende Partei tritt der beauftragten Partei zur Sicherung ihrer Honorar- und Aufwendungsersatzansprüche ihre Forderungen gegenüber Gerichten, Behörden, Prozessgegnern, Vertragspartnern oder sonstigen Dritten auf Ersatz der Partei- und Anwaltskosten sowie auf Rückerstattung oder Herausgabe von Einschreibgebühren, Verfahrenskostenvorschüssen und Prozesskautionen ab. Über allfällige Vorkehrungen zur Geltendmachung der ihr abgetretenen Forderungen entscheidet die beauftragte Partei nach freiem Ermessen. Über die Zahlungseingänge aus den abgetretenen Forderungen hat sie (einzig) gegenüber der auftraggebenden Partei abzurechnen, wobei ihr für ihre allfälligen Inkassobemühungen ein verkehrübliches Entgelt zusteht. Abgetretene Ansprüche, welche die beauftragte Partei nicht für die Tilgung ihrer aus dem Auftrag resultierenden Forderungen benötigt, hat sie der auftraggebenden Partei auf Verlangen bei Mandatsende wieder zurück zu übertragen.

## 9. Befreiung vom Berufsgeheimnis

Für die Erfüllung beruflicher Standards, für die Abklärung von Interessenkollisionen sowie zum Informationsaustausch innerhalb der Anwaltskanzlei SwissLegal asg.advocati und innerhalb des SwissLegal-Verbundes befreit die auftraggebende Partei die beauftragte Partei ausdrücklich vom Berufsgeheimnis.

## 10. Kommunikationsmittel

Mit der Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel, insbesondere von E-Mails, erklärt sich die auftraggebende Partei ausdrücklich einverstanden. Sie ist sich dabei bewusst, dass die Vertraulichkeit des elektronischen Wegs nicht gewährleistet ist. Wünscht sie im Einzelfall eine verschlüsselte Zustellung, wird sie dies der beauftragten Person anzeigen.

## 11. Erlöschen der Honorarvereinbarung

Unter Vorbehalt ihrer Erfüllung und/oder dem Abschluss einer neuen Honorarvereinbarung

- erlischt diese Honorarvereinbarung mit dem Ende des ihr zugrunde liegenden Auftragsverhältnisses.
- gilt diese Honorarvereinbarung als Rahmenvereinbarung für das laufende und für alle zukünftigen Auftragsverhältnisse zwischen den Parteien.

## 12. Akten

Bei Mandatsende hat die beauftragte Partei der auftraggebenden Partei auf deren Wunsch, mit der nachstehenden Präzisierung, alle ihr übergebenen oder während des Mandats zugekommenen Akten auszuhändigen. Macht die auftraggebende Partei vom Aushändigungsanspruch keinen Gebrauch, so hat die beauftragte Partei die Akten für 10 Jahre zu archivieren (und darf sie nachher ohne Rückfrage vernichten). Soweit die auftraggebende Partei von der beauftragten Person bereits während des Mandats Kopien und Scans erhalten hat, gilt der Herausgabeanspruch, mit der nachstehenden Präzisierung, ausdrücklich als erfüllt. Im Original übergebene Akten kann die auftraggebende Partei trotz bereits erhaltener Kopien und Scans herausverlangen; sie schuldet hierfür der beauftragten Person eine angemessene Entschädigung, welche deren Bemühungen für das Heraussuchen sowie für Erstellen von Dossierkopien abgilt. Auf Verlangen hat die auftraggebende Partei die Entschädigung im Voraus zu leisten oder sicherzustellen.

**13. Rechtsschutzversicherungen oder sonstige Kostengaranten**

Für den Fall, dass die auftraggebende Partei über eine Rechtsschutzversicherung verfügt oder ein Dritter als (Kosten-)Garant einsteht, gilt folgende Abmachung:

Die auftraggebende Partei entbindet die beauftragte Partei gegenüber den Kostengaranten von der Wahrung des Berufsgeheimnisses und ermächtigt sie, dieser alle in der Sache notwendigen und nützlichen Auskünfte zu erteilen. Die Bemühungen der beauftragten Partei, die im Zusammenhang mit dem Dritten stehen (z.B. dessen Information dienen), sind honorarberechtigt.

Zahlungen, die ein Kostengarant zu Gunsten der auftraggebenden Partei erbringt, werden angerechnet. Adressiert die beauftragte Partei im Rahmen einer ihr von einem Garanten erteilten Kostengutsprache ihre Rechnung direkt (und vorderhand ausschliesslich) an den Garanten, so ist damit bis zu dessen vollständiger Zahlung kein Verzicht auf ihre Rechte gegenüber der auftraggebenden Partei verbunden. Kostengutsprachen der Rechtsschutzversicherung bewirken keine Schuldübernahme der Rechtsschutzversicherung; die auftraggebende Partei wird daher nur von der Honorarzahlung befreit, wenn und soweit der Kostengarant Zahlungen leistet.

**14. Anwendbares Recht und Gerichtsstand**

Die auftraggebende Partei anerkennt für die Erledigung von Streitigkeiten aus diesem Auftragsverhältnis das **schweizerische Recht (unter Ausschluss des Kollisionsrechts)** als anwendbar und die **Gerichte von St. Gallen** als zuständig, soweit nicht zwingendes Recht einen anderen Gerichtsstand vorsieht. Die beauftragte Partei ist aber nach ihrer Wahl auch berechtigt, die auftraggebende Partei an deren Wohnsitz in Anspruch zu nehmen.

**15. Solidarhaftung**

Sofern die auftraggebende Partei aus mehreren Personen besteht, haften diese der beauftragten Partei für deren Forderungen solidarisch.

**16. Besondere Abreden**

.....  
.....

[Ort und Datum]

Die auftraggebende Partei:

Die beauftragte Partei:

\_\_\_\_\_

Dr. iur. Michael Nonn

**Anhang:** Merkblatt zur Bemessung des Anwaltshonorars (informationshalber)

## **Merkblatt zur Bemessung des Anwaltshonorars**

### **1. Übersicht über die üblichen Modelle der anwaltlichen Honorarbemessung**

Für die Bemessung des Anwaltshonorars sind drei (Haupt-) Modelle üblich:

- 1.1 die Abrechnung nach tatsächlichem **Zeitaufwand**;
- 1.2 die Abrechnung nach einer vereinbarten **Pauschale**,
- 1.3 die Abrechnung nach einem von den zuständigen Behörden oder Gerichten herausgegebenen **„amtlichen“ Tarif**.

#### **1.1 Abrechnung nach Zeitaufwand**

Bei diesem Modell erfolgt die Abrechnung nach Zeitaufwand zum vereinbarten Stundensatz. In der Festlegung der anwendbaren Stundensätze sind die Parteien grundsätzlich frei. Die Parteien legen gegebenenfalls die kleinste Abrechnungseinheit fest.

#### **1.2 Abrechnung nach Pauschale**

Eine Pauschalabrede für das Honorar setzt einen klar umgrenzten Auftrag voraus. Sie ist in der Schweiz, mit der nachstehenden Ausnahme, grundsätzlich zulässig, wenn auch in der Praxis eher selten. Verboten sind aber rein erfolgsabhängige Honorare („reine Erfolgshonorare“), wie sie in den USA bekannt sind. (Anmerkung: Vom reinen Erfolgshonorar ist die *Erfolgsbeteiligung*, bei der zusätzlich zum Grundhonorar ein erfolgsabhängiger Bonus vereinbart wird [dazu unten Ziff. 2], zu unterscheiden; letztere ist erlaubt).

#### **1.3 Abrechnung nach einem amtlichen Tarif**

Die Abrechnung nach einem von den zuständigen Behörden oder Gerichten herausgegebenen **„amtlichen“ Tarif** gilt primär für die Festsetzung der Parteientschädigung, welche die unterliegende Partei der obsiegenden Partei zu bezahlen hat. Je nach Tarif gilt sie auch für alle Honorar- und Aufwendungsersatzansprüche zwischen einer Partei und ihrem Rechtsanwalt oder ihrer Rechtsanwältin, vorausgesetzt, dass die Parteien sich nicht auf ein anderes Honorarbemessungsmodell verständigen.

Massgeblich ist der für das jeweilige Verfahren geltende Tarif, bei ausserkantonalen Verfahren also der in jenem Kanton oder im Bund geltende Tarif. Für Verfahren im Kanton St.Gallen gilt die Honorarordnung für Rechtsanwälte und Rechtsagenten. Eigen ist den amtlichen Tarifen, dass sie auf Mittelwerte abstellen, welche im Einzelfall den tatsächlichen Aufwand ungenügend (z.B. bei komplexen Rechtsfragen in Strafprozessen mit geringen Strafandrohungen oder Zivilprozessen mit kleinem Interessenwert) oder aber reichlich (z.B. Zivilprozesse mit eher einfachen Fragestellungen, aber sehr hohen Interessenwerten) entschädigen.

### **2. Erfolgsbeteiligung**

Die Honorarabrede zwischen den Parteien kann auch vorsehen, dass der beauftragten Partei bei Erreichen eines bestimmten Ziels eine zum Grundhonorar hinzutretende Erfolgsbeteiligung zusteht. Eine Erfolgsbeteiligung kann für alle (vorstehenden) Modelle der Honorarbemessung vereinbart werden.

### **3. Unentgeltliche Rechtsverteidigung**

In Verfahren vor Gerichten und Behörden, besteht die Möglichkeit, ein Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsverteidigung einzureichen, wenn die auftraggebende Partei bedürftig und die Sache nicht aussichtslos ist. Wird der auftraggebenden Partei die unentgeltliche Rechtsverteidigung bewilligt, so erfolgt die Abrechnung durch die beauftragte Partei gegenüber dem Staat nach dem amtlichen Tarif in der Regel zu einem reduzierten Satz. Die auftraggebende Partei schuldet der beauftragten Partei für die von der unentgeltlichen Rechtsverteidigung umfasste Angelegenheit kein Honorar und keinen Auslagenersatz.

### **4. Rechtsschutzversicherung**

Die beauftragte Partei nimmt die rechtlichen Interessen des ihr von der auftraggebenden Partei erteilten Auftrags wahr. Sie ist ausschliesslich der auftraggebenden Partei verpflichtet und unterliegt der Schweigepflicht. Im Gegenzug ist die auftraggebende Partei zur Tragung des Anwaltshonorars verpflichtet.

Die Versicherungspolice regelt das Verhältnis zwischen auftraggebender Partei und Rechtsschutzversicherung, nicht aber mit der beauftragten Partei. Die Sorgfalts- und Beratungspflicht, der Dienstleistungsumfang und das Honorar der beauftragten Partei werden durch das Auftragsverhältnis und nicht durch die Versicherungspolice bestimmt.

Leistet eine Rechtsschutzversicherung der beauftragten Partei eine Kostengutsprache, wird die auftraggebende Partei soweit vom Anwaltshonorar befreit, als die Rechtsschutzversicherung tatsächlich zahlt. Rechtsschutzversicherungen bezahlen nicht sämtliche Anwaltskosten; deren Deckung ist oft beschränkt. Zudem

kürzen Rechtsschutzversicherungen ihre Leistungen gegenüber dem Versicherten unter verschiedenen Gesichtspunkten (Grobfahrlässigkeit, Schadenminderungspflichten etc.), die nichts mit dem Anwaltsmandat zu tun haben, aber die Zahlungen der Versicherung an die beauftragte Partei reduzieren und zu Lasten der auftraggebenden Partei gehen.

## **5. Prozessfinanzierung**

Bei der Prozessfinanzierung finanziert ein Dritter, in der Regel ein auf Prozessfinanzierungen spezialisiertes Unternehmen, sämtliche Kosten eines Rechtsstreits vor. Bei erfolgreichem Verfahrensausgang sind die bevorschussten Kosten aus dem erstrittenen Erlös an den Prozessfinanzierer zurückzuzahlen. Als Erfolgsbeteiligung verlangt dieser zudem einen prozentualen Anteil des verbleibenden Nettoerlöses. Bei Unterliegen werden die Kosten hingegen ganz vom Prozessfinanzier getragen. Ob eine Prozessfinanzierung in Frage kommt, hängt vom konkreten Einzelfall ab (Streitwert, Erfolgsaussichten, etc.). Bei Interesse kann Ihnen Ihr Anwalt/Ihre Anwältin dazu weitere Informationen geben resp. Ihnen Kontakte von Prozessfinanzierern vermitteln.

## **6. Mehrwertsteuer**

Gerichte und Behörden sprechen Parteien, die gemäss UID-Register mehrwertsteuerpflichtig sind, eine allfällige Parteientschädigung in der Regel ohne MWST zu, weil diese als Vorsteuerabzug geltend gemacht werden kann; dies gilt auch bei Pauschalbesteuerung. Unternehmen gewisser Branchen sind jedoch trotz Mehrwertsteuerpflicht nicht vorsteuerabzugsberechtigt. In diesen Fällen ist zu beantragen und zu begründen, dass die Parteientschädigung zuzüglich MWST zugesprochen werden soll. Ist die auftraggebende Partei mehrwertsteuerpflichtig, aber nicht vorsteuerabzugsberechtigt, so hat sie dies der beauftragten Partei mitzuteilen, damit der Zuschlag der MWST beantragt und begründet werden kann.